Feuerbrand Im Kanton Zürich ist dieses Jahr bereits jede dritte Gemeinde betroffen

Der Befall ist besorgniserregend

Der Feuerbrand wütet so schlimm wie seit 1997 nicht mehr. Sogar das Thema Antibiotika ist nicht mehr ganz tabu. Doch es gibt auch Fortschritte. Nicht mehr überall wird nur gerodet.

Bettina Sticher

Ein Gemeindemitarbeiter bearbeitet am Dienstag in Wetzikon einen vom Feuerbrand befallenen Baum. *(Bettina Sticher)*

Am schlimmsten betroffen sind die Obstkulturen in den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Luzern. «So etwas habe ich noch nie gesehen», sagte Klaus Gersbach vom Strickhof, Fachstelle Obst, gestern bei einer Medienbesichtigung der Situation an Beispielen von Maur und Wetzikon. In der Deutschschweiz ist ausser Obwalden und Uri jeder Kanton befallen. Weil die Situation vor allem für die grossen Obstplantagen alarmierend ist, wird noch diese Woche an einem Hearing sogar das Thema Antibiotika diskutiert, deren Einsatz bisher in der Schweiz verboten ist, wie von Hans-Peter Berger vom Strickhof zu erfahren war.

Besonders schlimm im Tösstal

Im Kanton Zürich ist der Befall mit der bakteriell ausgelösten Pflanzenkrankheit ebenfalls besorgniserregend. Fast jede dritte Gemeinde ist betroffen. Seit dem ersten grossen Feuerbrandjahr von 1997 war es noch nie so schlimm. Damals seien es 84 betroffene Gemeinden gewesen. Dieses Jahr sind es bisher 57, und es kommen laufend neue dazu. 3500 Hochstammbäume von insgesamt 140 000 sind befallen. Am stärksten wütet der Feuerbrand im Tösstal, aber auch in Wald sowie von Richterswil bis Hütten. In den übrigen Gebieten seien es zum Teil nur Einzelbäume. Ein starker Anstieg ist vor allem bei den Apfel- und den Birnenhochstammbäumen sowie bei den Quitten zu verzeichnen.

Neu werden im Kanton Zürich sogenannte Befallszonengemeinden ausgeschieden. Das sind Gebiete, die vor zehn Jahren, aber auch danach immer wieder mit dem Feuerbrand zu kämpfen hatten. Als Befallszonengemeinden deklariert wurden bisher Bachenbülach, Bäretswil, Bauma, Bülach, Egg, Erlenbach, Fehraltorf, Fischental, Herrliberg, Hinwil, Hittnau, Hütten, Küsnacht, Lindau, Maur, Meilen, Mönchaltorf, Oberweningen, Pfäffikon, Richterswil, Schöfflisdorf, Seegräben, Sternenberg, Volketswil, Wald, Wiesendangen, Wila, Zollikon, Zumikon. Pendent sind Bubikon, Hirzel und Schönenberg.

In diesen Gemeinden muss nicht zwingend gerodet werden. Jede Gemeinde verfügt über einen Feuerbrandkontrolleur. Dieser entscheidet über die Massnahmen, die getroffen werden. Die Krankheit ist meldepflichtig. Gerodet wird nur noch bei starkem Befall, schlecht kontrollierbaren Pflanzen oder in der Umgebung von Schutzobjekten. Andernfalls werden die Bäume zurückgeschnitten und regelmässig kontrolliert.

Erfolg hatte man mit dieser Strategie zum Beispiel in der Obstplantage von Christian Bachofen in Maur, der hier zugleich auch als Kontrolleur wirkt. Im Jahr 2000 wurde konsequent zurückgeschnitten – nachdem im Jahr 1997 im grossen Stil gerodet worden war. Bis heute sind seine Bäume (noch) frei vom Feuerbrand, wie er gestern erklärte.

In den Gemeinden mit Einzelbefall hingegen müssen gemäss Bundesgesetz alle kranken Pflanzen herausgenommen werden. Eine Ausnahme gibt es: Im Rahmen von Versuchen der kantonalen Fachstellen wird durch ausgewählte Feuerbrandkontrolleure zurückgeschnitten. Grundsätzlich gilt heute für den Kanton Zürich: Es wird so wenig wie möglich gerodet. Man verfügt nun bereits über zehn Jahre Erfahrungen mit dem Rückschnitt.

Mehrkosten bis 900 000 Franken

Die Entscheidung, ob gerodet wird, ist letztlich eine politische. Das Zurückschneiden und die Kontrollen sind sehr aufwändig und kostenintensiv. Gleichzeitig geht es aber beim Entscheid, einen Baum zu fällen, nicht nur um die verlorenen Früchte. «Die Hochstammbäume sind Teil unseres Kulturguts, sie prägen auch unser Landschaftsbild», gab Klaus Gersbach zu bedenken.

Weil vor allem einzelne Sorten besonders anfällig sind, werden die gefällten Bäume durch robustere Sorten ersetzt. Die Forschungsanstalt Wädenswil und die Vereinigung Fructus erforschen zu diesem Zweck gemeinsam die Feuerbrandanfälligkeit. Insgesamt rechnet man im Kanton Zürich für sämtliche getroffenen Massnahmen beim Obst mit Mehrkosten von etwa 500 000 bis 900 000 Franken. Getragen werden diese von Bund, Kanton und den Gemeinden. Neu bekommt auch der Bauer eine Entschädigung für die Arbeit, falls er diese selber verrichtet. Die Strickhof-Fachstellen Obst und Pflanzenschutz haben dieses Frühjahr Kurse für Kontrolleure und Landwirte angeboten. Eine Abfindung für den Schaden erhält der Bauer nur, wenn dieser höher ist als 1500 Franken.

Doch nicht nur die Obstbäume sind vom Problem betroffen. Auch bei den Zierpflanzen wird mit einem starken Befall und mit entsprechenden Mehrkosten gerechnet. Betroffen ist hier vor allem der Weissdorn und der Cotoneaster dammeri.

Ausländerintegration FDP des Kantons Zürich will klare Regeln und entsprechende Sanktionen

«Eine Alternative zur Minarettdiskussion»

Die Zürcher FDP will Ausländer, die kein Deutsch können und sich nicht an hiesige Regeln halten, stärker an die Kandare nehmen.

Alfred Borter

Die Freisinnigen wollen die Diskussion über die Ausländerpolitik in neue Bahnen lenken. «Wir wollen eine Alternative zur Minarettdiskussion bieten», erläuterte FDP-Fraktionschef Beat Walti gestern vor den Medien. Kantonsrat Urs Lauffer fügte bei, es bringe nichts, das Ausländerthema hochzuspielen, wie das die SVP tue. Aber auch die von der SP zur Schau gestellte Beisshemmung sei verfehlt. Das mit neun Paragrafen bestückte Integrationsgesetz, das Gabriela Winkler, Urs Lauffer und Regine Sauter in Form einer Parlamentarischen Initiative im Kantonsrat eingereicht haben, soll zu einem gedeihlicheren Zusammenleben führen. Die Migrationsbevölkerung soll am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilhaben.

Kein Sennenkäppi anziehen

Das Prinzip lautet «fordern und fördern». Gefordert wird von den Immigrantinnen und Immigranten, dass sie den Willen haben, sich in die Gesellschaft hierzulande zu integrieren, sich an die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensbedingungen zu halten und sich die notwendigen Sprachkenntnisse anzueignen. «Das heisst nicht, dass sie nun ein Sennenkäppi anziehen sollen», führte Gabriela Winker aus, «aber sie sollen unsere Ordnung respektieren.» Gleichzeitig wird von der Schweizer Bevölkerung die nötige Offenheit den Ausländern gegenüber gefordert.

Bedingungen und Sanktionen

Die Integrationsbemühungen sollen gefördert werden, indem zum Beispiel Sprach- und Integrationskurse angeboten werden. Der Kanton kann Beiträge gewähren. Zusammen mit den Gemeinden gibt der Kanton auch Informationen ab über die Rechte und Pflichten der Immigranten, und zwar beginnend mit dem Zuzug.

Damit die Integrationsbemühungen auch Früchte tragen, können die Erteilung und die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung an Bedingungen geknüpft werden, zum Beispiel die Absolvierung eines Sprachkurses. Auch im Zusammenhang mit dem Familiennachzug kann die Unterzeichnung einer Integrationsvereinbarung verlangt werden. Wird eine solche Vereinbarung nicht eingehalten, sind Sanktionen vorgesehen. Nach den Worten von Gabriela Winkler sollen diese von der Verwarnung über Bussen und Androhung der Wegweisung bis zur Wegweisung gehen. «Das Eisen ist heiss, man muss es jetzt schmieden», meinte Walti. Lauffer ergänzte: «Die Probleme drängen, es ist Zeit zum Handeln.»

Auch ein Stück weit Emanzipation

Den Freisinnigen geht es mit ihrem Vorstoss nicht allein darum, dass die Zuzüger sich so weit wie tunlich den hiesigen Sitten anpassen, sie verbinden damit auch ein Stück weit die Emanzipation von Frauen aus patriarchalisch geprägten Kulturen. Auch Frauen, die das Haus auf Geheiss ihres Ehemannes kaum verlassen dürfen, sollen daher zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden können. Sie sollen verstehen, was ihre Kinder in der Schule tun. Die Migrantenorganisationen werden einbezogen, ihnen kommt bei der Integration eine wichtige Rolle zu.

Nach Meinung der FDP ist es nicht nötig, ein ganzes Heer von Staatsangestellten zu rekrutieren, welche die Vereinbarungen ausarbeiten und dann deren Einhaltung kontrollieren. Aber gratis, das räumte Urs Lauffer ein, wird die Sache nicht zu haben sein. Bei der Ausformulierung des Gesetzes haben sich die Freisinnigen stark an die Integrationsgesetze von Basel-Stadt und Basel-Land angelehnt. Diese sollen auf Anfang 2008 in Kraft treten.

Forderung erntet Sympathie

Wie beurteilen SVP und SP den Vorstoss der FDP? SVP-Präsident Hansjörg Frei meinte auf Anfrage, was die FDP jetzt vorbringe, fordere die SVP schon lange. «So gesehen, findet die Parlamentarische Initiative unsere Sympathie.» Genau anschauen müsse man freilich, wie hoch die Kosten seien. Für den in den Ferien weilenden SP-Präsidenten Martin Naef nahm Kantonsrat Nicolas Galladé Stellung. «Die Stossrichtung des neuen Gesetzes ist sicher sinnvoll», sagte er. Man werde aber darauf achten, ob der repressive Kontrollaufwand in einem vernünftigen Verhältnis stehe. Er sei allerdings durchaus der Meinung, man dürfe nicht im Unverbindlichen stecken bleiben. «Es besteht Handlungsbedarf», räumte er ein.

Erfreut äusserte sich Julia Morais, seit kurzem Integrationsbeauftragte des Kantons Zürich. «Ich finde das toll», lautete ihre erste Reaktion. Sie kennt das der FDP als Vorbild dienende Basler Modell, da sie bisher die Stabstelle für Integrations- und Migrationsfragen von Basel-Land geleitet hat. Allerdings wünschte sie sich, dass auch die Arbeitgeber «im Rahmen ihrer Möglichkeiten» noch eingebunden würden, so wie das in Basel-Stadt der Fall ist. (abr)

Swiss Re

Neubau geplant

Der Rückversicherungskonzern Swiss Re plant an seinem Hauptsitz in Zürich einen Neubau. Gemäss einer Mitteilung vom Dienstag soll dieser das Gebäude am Mythenquai 50 ersetzen. Dieses wurde 1969 errichtet. Mit der geplanten Investition werde die Bedeutung des Standortes Zürich unterstrichen, heisst es weiter. Das Unternehmen wurde vor 144 Jahren in der Limmatstadt gegründet. In Zürich arbeiten gut 3000 Angestellte für Swiss Re.

Zurzeit könne er zu Bauvolumen, Kosten und Timing noch keine Angaben machen, sagte der Medienverantwortliche Henner Alms auf Anfrage der SDA. Dieses Jahr noch werde der Konzern erste Schritte zur Neugestaltung des Gebäudes unternehmen und eine Kommission zusammenstellen. (sda)

SVP Kanton Zürich

Zanetti hört auf

Claudio Zanetti hat seine Stelle als Parteisekretär der SVP des Kantons Zürich gekündigt und bricht zu neuen Ufern auf, wie die SVP am Dienstag mitteilte. Das Parteileitungs-Büro schlägt dem Kantonalvorstand vor, Daniela Vas zur Nachfolgerin zu wählen. Die 29-Jährige ist seit zweieinhalb Jahren stellvertretende Parteisekretärin und gehört der Stadtzürcher Sozialbehörde an.

Der 40-jährige Zanetti verlässt das Parteisekretariat Mitte Juli. Nach über acht Jahren werde er sich einer neuen beruflichen Herausforderung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stellen, heisst es in der Mitteilung. Zanetti bleibt Mitglied der SVP-Fraktion des Kantonsrates. (sda)

Mieterverband Zürich

Eine teure Pauschale

Laut Mieterinnen- und Mieterverband (MV) Zürich werden im Kanton Zürich jedes Jahr 30 bis 60 Millionen Franken zu viel Miete bezahlt. Möglich sei dies dank der so genannten Kostensteigerungs-Pauschale, erläuterten MV-Vertreter gestern vor den Medien. Sie soll Kostensteigerungen bei Betrieb und Unterhalt abdecken. Viele Vermieter verrechneten jedes Jahr ein halbes oder ein Prozent für diese Pauschale, die im Gesetz gar nicht vorgesehen sei. Bei Vergleichen tolerierten die Schlichtungsbehörden aber in der Regel maximal 0,5 beziehungsweise 0,25 Prozent. (sda)

Sihlcity

Brand im Kinofoyer

Im Foyer des Multiplex-Kinos im Zürcher Einkaufszentrum Sihlcity hat sich am Dienstagmittag ein Brand ereignet. Rund 50 Personen mussten das Gebäude verlassen. Das Feuer konnte rasch gelöscht werden. Es war im Bereich eines Transformators in der Deckenverkleidung ausgebrochen, wie die Stadtpolizei mitteilte. Ernsthaft verletzt wurde niemand. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. Der Sachschaden wird auf mehrere tausend Franken geschätzt. (sda)